

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM 2008

Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht –
Alternativen zur Bedienung der Oberschicht

PapyRossa Verlag

3. Ostdeutschland: Grundprobleme bleiben ungelöst

Von dem Aufschwung in Deutschland in den Jahren 2006 und 2007 profitierten auch die neuen Bundesländer. Es gab Fortschritte bei der Herausbildung einiger innovativer Zentren, der Steigerung des Exports und der Reduzierung der Haushaltsdefizite. Die grundlegenden strukturellen Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft bestehen jedoch fort. Sie verursachen die bekannten Wettbewerbsnachteile, die einen Aufholprozess behindern. Sie reichen von einer viel zu geringen Unternehmensdichte und der Dominanz der Klein- und Kleinstbetriebe in der Unternehmenslandschaft über Eigenkapitalschwäche, geringe Forschungsintensität und einen unterproportionalen Anteil von Arbeiten mit hoher Wertschöpfungsintensität bis hin zur doppelt so hohen Arbeitslosigkeit. Diese Probleme werden durch keine „Marktautomatik“ gelöst. Um hier etwas zu ändern, ist eine andere Wirtschaftspolitik gegenüber und in Ostdeutschland notwendig, die gleichzeitig auch als Chance für die gesamte Bundesrepublik erkannt werden muss.

3.1 Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung zwischen der gesamten Bundesrepublik und der ökonomisch schwächeren ostdeutschen Region

Die Analyse der aktuellen ökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland und die Ausarbeitung wirtschaftspolitischer Vorschläge im Memorandum 2008 gehen von zwei Prämissen aus:

Erstens: Die ostdeutsche Wirtschaft ist Teil der gesamtdutschen Volkswirtschaft und in die Ökonomie der Europäischen Union integriert. Ihre Entwicklung wird grundsätzlich von denselben Faktoren, Zusammenhängen und Tendenzen bestimmt wie die der gesamten Bundesrepublik und weitgehend auch der EU. Daraus folgt, dass die generellen Rahmenbedingungen der Wirtschaftsentwicklung und die

Schlussfolgerungen alternativer Wirtschaftspolitik auch für Ostdeutschland gültig sind. Die ostdeutsche Wirtschaft weist jedoch relevante strukturelle Defizite und einige spezifische Bedingungen auf, die es in einem alternativen wirtschaftspolitischen Konzept zur Verringerung der ökonomischen Rückstände und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu berücksichtigen gilt.

Zweitens: Die Lage in Ostdeutschland wird nach wie vor wesentlich davon bestimmt, dass seine Angleichung an das westdeutsche ökonomische Entwicklungsniveau bis heute misslungen ist und auch die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse – ungeachtet der Fortschritte auf einzelnen Gebieten – insgesamt unzureichend und damit unbefriedigend verläuft:

- Der gesamtwirtschaftliche Angleichungsprozess stagniert im Wesentlichen seit mehr als zehn Jahren auf einem unzureichenden Niveau (vgl. Tabelle 3). Trotz umfangreicher Investitionen in der ostdeutschen Wirtschaft weist diese auf entscheidenden Gebieten tiefe strukturelle Defizite auf, die zu relevanten Wettbewerbsnachteilen führen.
- Die wirtschaftliche Entwicklung und das Lebensniveau der Menschen sind in hohem Maß und langfristig von West-Ost-Finanztransfers abhängig. Gleichzeitig lastet auf den ostdeutschen Landeshaushalten, außer in Sachsen, eine hohe fiskalische Verschuldung.
- Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ostdeutschland liegt ebenso wie der Übergang zu einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung bei einer Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik in weiter, unbestimmter Ferne.

Die Ost-West-Unterschiede in der Bundesrepublik sind bis heute weit größer und einschneidender als die regionale Differenziertheit in einer organisch gewachsenen Volkswirtschaft.

Der Verlauf des Konjunkturzyklus' in Ostdeutschland, insbesondere die Abweichungen gegenüber der Gesamtentwicklung in Deutschland, wird von einigen widersprüchlichen, teilweise in entgegengesetzte Richtung wirkenden Faktoren beeinflusst. In Perioden des Aufschwungs

können die relativ günstigeren Absatzbedingungen eher durch die Ausschöpfung der Reserven des ostdeutschen Produktionspotenzials für höhere Produktionszuwächse genutzt werden. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe lag in den Jahren 2004 und 2005 um 2,4 bzw. 1,3 Prozentpunkte unter dem Niveau des früheren Bundesgebiets. 2007 betrug diese Differenz nur noch 0,9 Prozentpunkte (Tabelle A5). Der Inlandsumsatz der ostdeutschen Industrie wuchs 2006 gegenüber dem Vorjahr in den neuen Bundesländern um 4,4 Prozent, in den alten sogar um 10,8 Prozent. Der hohe Exportzuwachs Deutschlands von 13,5 Prozent wurde von den neuen Bundesländern mit 21 Prozent – darunter Exporte in die neuen EU-Mitgliedsstaaten (ohne Malta und Zypern) mit einem Zuwachs von 37 Prozent – noch beträchtlich übertroffen (Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland 2007, S. 233, 238; DIW/ifo/IfW/IWH/RWI, Frühjahr 2007, S. 37, 71).

In den Jahren 2004 bis 2007 lagen die Wachstumsraten des Verarbeitenden Gewerbes der neuen Bundesländer im Jahresdurchschnitt bei rund 8 Prozent. Die Exporte der ostdeutschen Industrie sind in den letzten drei Jahren um 80 Prozent gestiegen, darunter die nach Osteuropa und Russland mit einem Zuwachs um 120 Prozent (westdeutsche Unternehmen um 48 Prozent). Durch diese relativ rasche Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes und der ostdeutschen Exporte haben sich die Unterschiede in den Strukturanteilen gegenüber Westdeutschland im Vergleich zu 1991 verringert – der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung stieg 2006 in den neuen Bundesländern auf 19 Prozent (alte Bundesländer 25 Prozent). Die Exportquote im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich 2006 in Ostdeutschland (ohne Berlin) auf 29,3 Prozent (Westdeutschland: 43,5 Prozent). Damit verringerte sich der Ost-West-Abstand in der Exportquote von fast zwei Dritteln 1995 auf ca. ein Drittel 2006. In den neuen Bundesländern lag diese Exportquote zwischen 23 Prozent (Brandenburg) und 34 Prozent (Sachsen). Bei diesen Ergebnissen muss beachtet werden, dass sich die Verringerung von Rückständen im Anteil des Verarbeitenden Gewerbes und der Exportquote auf das niedrige Niveau dieser Indikatoren nach 1990 beziehen, nachdem der Absturz gerade in der Industrie und im Export gegenüber 1989, dem letzten Jahr

des Bestehens der DDR, besonders einschneidend war – die Industrieproduktion ging auf etwa ein Drittel zurück, der Export auf 30 Prozent. Ungeachtet der Verringerung von Rückständen auf einigen Gebieten und konjunktureller Spezifika gilt jedoch: Die strukturellen Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft werden ihren bestimmenden Einfluss auf die langfristige Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Leistung behalten, wenn und so lange sie nicht durch eine andere Wirtschafts-, Struktur und Beschäftigungspolitik spürbar zurückgedrängt werden.

Im Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007 wird dies ignoriert. Das zeigt sich u.a. an Aussagen des Berichts, die der Realität widersprechen: „Die neuen Bundesländer befinden sich auf einem guten wirtschaftlichen Entwicklungspfad. ... Der Aufholprozess gewinnt im 2. Jahrzehnt der deutschen Einheit wieder an Fahrt. ... Ostdeutschland hat sich zum Land der Chancen entwickelt. ... Getragen wird dieser erfreuliche Verlauf unter anderem von einer starken Expansion der Investitionstätigkeit der Unternehmen in Ostdeutschland.“ (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2007, S. 1)

3.2 Gegenwärtiger Stand im Ost-West-Angleichungsprozess

Der Ost-West-Angleichungsprozess ist insbesondere dadurch charakterisiert, dass die Folgen des tiefen wirtschaftlichen Einbruchs 1990/91 – vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, in der Forschung und Entwicklung, im Osteuropaexport sowie in der Beschäftigung – auch im 18. Jahr nach der Einheit noch nicht überwunden sind. Mitte der 1990er Jahre erlahmte der Angleichungsprozess in der Bundesrepublik; in vielen Bereichen ist er weitgehend zum Stillstand gekommen. Bei wichtigen makroökonomischen Indikatoren verharrt er seitdem auf einem Niveau, das um etwa 30 Prozent unter dem Westdeutschlands liegt. Über das Ausmaß und die Ursachen dieser Entwicklung wurde in den zurückliegenden Memoranden der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* regelmäßig informiert.

In den beiden letzten Jahren des vermeintlich starken wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Ländern wurde in dieser Hinsicht keine Trendwende erzielt. Entgegen den Voraussagen lag das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2007 in Ostdeutschland mit 2,4 Prozent wieder etwas unter dem Westdeutschlands (2,5 Prozent).

Die *wirtschaftliche Leistungsfähigkeit* Ostdeutschlands, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner, hat sich seit Mitte der 1990er Jahre nur geringfügig an die Westdeutschlands ange-

Tab. 3: Wirtschaftsindikatoren Ostdeutschlands in Relation zu Westdeutschland in Prozent (Ostdeutschland ohne Berlin im Vergleich zu Westdeutschland ohne Berlin = 100)

Indikator	1996	2006
Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner	62,4	67,3
Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen je Einwohnerin und Einwohner	103,9	64,0*
Kapitalstock je Einwohnerin und Einwohner	51,6	69,6*
Kapitalintensität (Kapitalstock je Erwerbstätigen)	56,5	80,0*
Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen)	68,4	77,2
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer	75,4	77,2
Arbeitslosenquote	165,3	188,0

* 2005

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, eigene Berechnungen

nähert, durchschnittlich um einen halben Prozentpunkt pro Jahr. Das ist jedoch nicht ein Beleg für eine höhere wirtschaftliche Dynamik, sondern diese Entwicklung ist auch zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf den Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland zurückzuführen. Gegenüber dem Jahr 1996 wuchs das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt bis 2007 auf 118 Prozent, das westdeutsche jedoch etwas stärker, nämlich auf 120 Prozent. Niedrigere Geburtenziffern und die fortgesetzte Abwanderung nach Westdeutschland führten zu einer so genannten „passiven Sanierung“. Von 1989 bis 2006 zogen rund 3 Millionen Menschen aus den neuen Bundesländern weg; unter Berücksichtigung der Zuzüge von ca. 1,5 Millionen Menschen ergibt sich ein Bevölkerungsrückgang von rund 1,5 Millionen. Am Abwanderungsdefizit sind überproportional junge, gut ausgebildete Menschen beteiligt, insbesondere junge Frauen. Rund 45 Prozent der Abwanderinnen und Abwanderer gehören zur Bevölkerungsgruppe der 18- bis 30-Jährigen.

Von 2000 bis 2006 hat sich der Ost-West-Produktivitätsrückstand wenig verringert, in der gesamten Wirtschaft von 24,3 Prozent auf 21,4 Prozent. Die Differenz im Arbeitnehmerentgelt blieb jedoch nahezu unverändert. Im Verarbeitenden Gewerbe wurde der Ost-West-Rückstand in der Produktivität sogar von 27,7 Prozent auf 19 Prozent reduziert, während er beim Arbeitnehmerentgelt wieder um einen Prozentpunkt zunahm – von 26,5 Prozent auf 27,5 Prozent (neue Länder mit Berlin, alte Länder ohne Berlin = 100) (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2007, S. 8). Dadurch sank das relative Niveau der Lohnstückkosten in den neuen Ländern (ohne Berlin, Westdeutschland = 100) 2006 in den Unternehmen insgesamt (ohne private Dienstleister) auf 92 Prozent und im Verarbeitenden Gewerbe auf 86 Prozent. Die Lohnstückkosten in Ostdeutschland wurden somit noch weit stärker als in Westdeutschland gesenkt. Die Rückstände Ostdeutschlands im Niveau der Arbeitseinkommen haben sich seit Mitte der 1990er Jahre kaum verändert.

Die *Investitionen* in neue Anlagen sind in den Wirtschaftsbereichen insgesamt von 100,9 Milliarden Euro 1996 auf 55,3 Milliarden Euro im Jahr 2005 zurückgegangen, darunter im produzierenden Gewerbe von 19,3 Milliarden Euro auf 11,9 Milliarden Euro (Angaben in

jeweiligen Preisen). Die zu geringen Investitionen im produzierenden Bereich bleiben ein gravierendes Problem in den neuen Bundesländern. Sie reichen nicht aus, um Innovationen in der erforderlichen Breite einzuführen und einen echten Aufholprozess einzuleiten.

Außerdem ist die Investitionstätigkeit der Länder und Kommunen – die für die Aufträge an das lokale Baugewerbe von besonderer Bedeutung sind und über die Möglichkeiten infrastruktureller Erhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen entscheiden – besonders gering. In den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) betragen die öffentlichen Investitionen 2000 13,6 Milliarden Euro, 2005 jedoch nur noch 10,4 Milliarden Euro. Nach bisher vorliegenden Ergebnissen der Finanzplanung einiger Länder bis 2011 wird sich dieser Rückgang, in den nächsten Jahren fortsetzen, wenn auch in einem geringeren Ausmaß. In den Gemeinden war der Rückgang noch stärker: von 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 3,9 Milliarden Euro 2005 (Antwort der Bundesregierung 2007, S. 20 f.). Die Problematik besteht dabei nicht darin, dass zu wenig öffentliche Investitionen für den Neubau oder die Erweiterung von Kapazitäten zur Verfügung stehen, sondern dass beträchtliche Defizite für die Finanzierung notwendiger Maßnahmen zur Sanierung, Erhaltung und Modernisierung von Einrichtungen der Infrastruktur (Schulen, Hochschulen und Universitäten, Krankenhäuser, Ver- und Entsorgungsnetze, Straßen) bestehen.

Für die Beurteilung des Lebensniveaus der Menschen in den neuen Bundesländern muss auch die im Vergleich zu den *Einkommen* weit stärkere Ost-West-Differenzierung der *Vermögensverhältnisse* beachtet werden. Beim durchschnittlichen Nettovermögen (Geld- und Immobilienvermögen) sind die Ost-West-Abstände zwar etwas geringer geworden: Das relative Niveau der Nettovermögen je Haushalt betrug 1998 in den neuen Bundesländern 35 Prozent und im Jahr 2003 40 Prozent. Das Ost-West-Gefälle blieb aber weiterhin wesentlich stärker ausgeprägt als bei den Arbeitseinkommen. Noch größer sind die Unterschiede beim Betriebsvermögen: Es betrug 2002 im Durchschnitt der Haushalte, die über Betriebsvermögen verfügten (nur Produktiv- und ohne Aktienvermögen), in Westdeutschland 275.000 Euro und in Ostdeutschland 80.000 Euro (Bundesregierung 2005, S. 32, 41). Die

Armutquote ist in Ost- und Westdeutschland seit Anfang der 1990er Jahre gestiegen, vor allem in den neuen Bundesländern, sodass die bereits Mitte der 1990er Jahre vorhandene Ost-West-Differenz zum Nachteil Ostdeutschlands noch zugenommen hat. Die Armutsquoten betragen

- 1992-1998 in Westdeutschland 12,1 Prozent, in Ostdeutschland 14,5 Prozent
- 2002-2004 in Westdeutschland 15,1 Prozent, in Ostdeutschland 20,4 Prozent (DIW, 2005).

Die Schuldnerquoten (Anteil der überschuldeten Personen an allen Personen über 18 Jahre) betragen 2007 11,5 Prozent (Ost) gegenüber 10,7 Prozent (West mit Berlin) (Creditreform 2007).

In Ostdeutschland ist nach wie vor der Anteil des Erwerbspersonenpotenzials (Erwerbstätige, registrierte Arbeitslose, stille Reserve bzw. diejenigen, die erwerbstätig sein wollen) an den Erwerbsfähigen höher als in Westdeutschland. Die ostdeutsche Erwerbstätigenquote, also der Anteil der *Erwerbstätigen* an den *Erwerbsfähigen*, liegt jedoch beträchtlich unter der westdeutschen. Der Anteil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte lag 2004 in Ostdeutschland mit 40 Prozent doppelt so hoch wie in Westdeutschland, die dort 20 Prozent betrug (DIW 2005).

Die *Haushaltsprobleme* haben sich in den ostdeutschen Bundesländern und in Berlin bis 2006 zugespitzt. Die Verschuldung der neuen Länder und Gemeinden (ohne Berlin) ist in den letzten 10 Jahren fast auf das Doppelte gestiegen: von 47 Milliarden Euro 1995 auf 89 Milliarden Euro im Jahr 2005. Die Schulden Berlins betragen 60 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen der ostdeutschen Länder und Kommunen je Einwohnerin und Einwohner liegen beträchtlich unter den westdeutschen – sie erreichen knapp die Hälfte. Dies wurde bisher durch West-Ost-Finanztransfers und höhere Länderzuweisungen an die Kommunen (kommunaler Finanzausgleich) mehr als ausgeglichen, sodass die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner höher als in Westdeutschland sind. Im Jahre 2004 entfielen knapp 56 Prozent

der kommunalen Einnahmen auf Zuwendungen der Länder. Auch die öffentlichen Schulden der ostdeutschen Länder sind seit 1991 rasant angestiegen. Im Verhältnis zu den finanzschwachen westdeutschen Ländern betragen die auf die Einwohnerzahl bezogenen öffentlichen Schulden der neuen Länder

- 1992: 20,5 Prozent
- 1994: 48 Prozent
- 1998: 77 Prozent
- 2000: 84 Prozent

Bei den Gemeinden übertrafen die Pro-Kopf-Schulden in Ostdeutschland schon ab 1995 die der finanzschwachen westdeutschen Länder (Vesper 2006, S. 18). In den letzten Jahren gab es größere Anstrengungen zur Konsolidierung der ostdeutschen Haushalte, vor allem durch Reduzierung von Ausgaben, weshalb die relative Höhe der Pro-Kopf-Schulden der Länder bis 2004 nur noch um zwei Prozentpunkte auf 86 Prozent stieg. 2007 führte die Kombination von Ausgabenbeschränkung und höheren Steuereinnahmen auch in den ostdeutschen Bundesländern dazu, dass keine Haushaltsdefizite entstanden und damit auch keine Nettokredite aufgenommen werden mussten. Die mit der Rückführung der Haushaltsdefizite verbundene Senkung der Ausgaben hatte zur Folge, dass die Beschäftigung im öffentlichen Dienst reduziert, bürgernahe Leistungen eingeschränkt und die öffentlichen Investitionen verringert wurden.

Die *Ausgaben für Forschung und Entwicklung* (FuE) sind seit Mitte der 1990er Jahre in den neuen Bundesländern zwar gestiegen, bleiben aber nach wie vor beträchtlich hinter den Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner in den alten Bundesländern zurück. Ihr Anteil (einschließlich Berlin) am Bruttoinlandsprodukt lag 2004 bei 2,18 Prozent gegenüber 2,55 Prozent in den alten Bundesländern. Die Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung betragen je Einwohnerin und Einwohner 2003 in den alten Bundesländern 525 Euro, in den neuen Bundesländern jedoch nur 191 Euro.

Die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner waren in Baden-

Württemberg, Bayern, Hessen mehr als zehnmal so hoch wie die Ausgaben in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Hinzu kommt, dass über die Hälfte der ostdeutschen Industrieforschung aus Auftragsforschungen für Unternehmen in den alten Ländern besteht und somit für Innovationen, Strukturveränderungen und das Wachstum in den neuen Ländern nur eingeschränkt wirksam wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: *Seit 1996 gibt es insgesamt keine durchgängige, eindeutige gesamtwirtschaftliche und soziale Ost-West-Konvergenz.*

Eine spezifische Problematik ergibt sich für die neuen Bundesländer seit 1995 aus der entgegen gesetzten Entwicklung von Produktion (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) und inländischer Verwendung. Die Inlandsverwendung lag 1995 um fast 100 Milliarden Euro über dem eigenen Aufkommen (Produktion) an Gütern und Dienstleistungen. Diese Differenz ist von über 81 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf rund 33 Milliarden Euro im Jahr 2006 zurückgegangen. Die Verringerung dieser Differenz im genannten Zeitraum beruhte jedoch nicht auf einer höheren Wirtschaftsdynamik, sondern auf einer absoluten Reduktion des Inlandsverbrauchs. Den stärksten Rückgang gab es in Ostdeutschland bei den Investitionen, die die Basis für die zukünftige wirtschaftliche Dynamik sind.

Die Inlandsverwendung in effektiven Preisen war 2006 in Ostdeutschland um insgesamt 16 Milliarden Euro niedriger als 2000, darunter bei Anlageninvestitionen um rund 22 Milliarden Euro. Der private Konsum wuchs um 7 Milliarden Euro, verringerte sich aber real (preisbereinigt, verkettet, Basis 2000=100) um rund 3 Prozent.

Im Vergleich zu Ostdeutschland erhöhte sich in Gesamtdeutschland in der Zeitspanne von 2000 bis 2006 die Inlandsverwendung in effektiven Preisen insgesamt um ca. 6 Prozent und blieb real unverändert, während der private Konsum real um rund 2 Prozent zunahm (berechnet nach Sachverständigenrat 2007, Tabelle 34* und DIW/ifo/IfW/IWH/RWI, 2007, S. 33).

Die unterschiedliche Entwicklung der Inlandsverwendung in Ost- und Westdeutschland ist in den genannten Zeitabschnitt vor allem mit dem weit stärkeren Einbruch der Anlageninvestitionen in Ostdeutsch-

Tab. 4: Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und die Nachfragekomponenten – 1995, 2000 und 2006 (jeweilige Preise in Milliarden Euro und in Prozent)

	1995		2000		2006	
	Mrd. Euro	Prozent	Mrd. Euro	Prozent	Mrd. Euro	Prozent
Bruttoinlandsprodukt	209,1	100	234,6	100	266,8	100
Privater Konsum	114,0	68,9	170,3	100	177,8	66,6
Staatskonsum	64,9	31,0	66,7	28,4	65,2	24,4
Anlageninvestitionen	99,3	47,5	78,6	33,5	56,4	21,2
Ausrüstungen	27,9	13,4	31,3	13,3	23,7	8,9
Neue Bauten	72,9	34,9	48,9	20,9	34,5	12,9
Inlandsverwendung	308,2	147,4	315,6	134,5	299,4	112,2
Saldo	99,1	47,4	81,0	34,5	32,5	12,2

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, (Stand Mai 2007), Schätzung der Nachfrageaggregate 2006 durch das IWH

land um fast 30 Prozent, dem Bevölkerungsrückgang seit 1995 um rund 1 Million (mit Berlin) gegenüber einer Zunahme in Westdeutschland um rund 1,7 Millionen sowie der unterschiedlichen Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen zu erklären.

Die Veränderungen in den Proportionen zwischen dem eigenen Aufkommen an Gütern und Dienstleistungen, dem Lieferüberschuss aus

den alten Bundesländern und der ostdeutschen Inlandsverwendung, die sich in den letzten Jahren in den neuen Bundesländern vollzogen haben, sind bisher kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen worden. Die ihnen zugrunde liegenden Prozesse sind auch zu wenig analysiert worden. Dennoch gilt: Die ökonomische Entwicklung in den neuen Bundesländern wird weiterhin entscheidend von ihren *strukturellen* Schwächen beeinflusst. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote ist unabhängig vom Konjunkturverlauf seit über einem Jahrzehnt doppelt so hoch wie die westdeutsche. In der ostdeutschen Unternehmensstruktur dominieren Klein- und Kleinstbetriebe; Großbetriebe und größere Mittelbetriebe haben einen weit unterdurchschnittlichen Anteil an der Gesamtzahl der Unternehmen. In den neuen Bundesländern gibt es außerdem kaum Zentralen von Großunternehmen. Die Zahl der Unternehmen in den neuen Bundesländern ist, bezogen auf die Bevölkerungszahl, weit geringer als in Westdeutschland. Um eine vergleichbare Wirtschaftsleistung zu erreichen und vor allem neue Arbeitsplätze zu schaffen, um die Massenarbeitslosigkeit auf das westdeutsche Niveau abzusenken, wären unter Zugrundelegung der gegenwärtig durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 13 Personen je Betrieb ca. 60.000 zusätzliche Betriebe notwendig (vgl. Peche 2007, S. 25).

Die Zahl der Unternehmensneugründungen ist in den Jahren 2005 bis 2007 von Jahr zu Jahr zurückgegangen, von rund 46.000 im Jahr 2004 auf rund 8.000 im Jahr 2007 (vgl. Creditreform 2007). Es besteht eine ausgeprägte Abhängigkeit vieler mittelständischer und fast aller Großbetriebe von den westdeutschen Unternehmenszentralen. Die ostdeutschen Unternehmen sind zum großen Teil durch Eigenkapital-schwäche, einen unterproportionalen Anteil von Arbeiten mit hoher Wertschöpfungsintensität und geringe Forschungsintensität gekennzeichnet. Die Bildung regionaler technologischer Cluster bleibt noch beträchtlich hinter den alten Bundesländern zurück. Diese strukturellen Defizite wurden in den vorangegangenen Memoranden ausführlich analysiert.

3.3 Bedingungen zur Verringerung der Ost-West-Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Werden die bisherigen ökonomischen Rahmenbedingungen für die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung beibehalten, wird es kaum zu einer Annäherung der wirtschaftlichen Leistungskraft kommen. In einigen Bereichen könnten sich die Ost-West-Abstände sogar vergrößern. Unter der Annahme einer Fortsetzung des Wachstumstempos des Bruttoinlandsprodukts der letzten Dekade – eine im Vergleich zu anderen Vorhersagen eher optimistische Annahme – würde Ostdeutschland erst um das Jahr 2050 etwa 90 Prozent des durchschnittlichen westdeutschen Niveaus erreichen.

Für die weitere Entwicklung in Ostdeutschland gehen wir davon aus, dass die Veränderungsraten der Inlandsverwendung in den nächsten Jahren, im Unterschied zum Zeitraum zwischen 1996 und 2005, weiter im positiven Bereich liegen werden. Das Wachstum der Inlandsverwendung wird aber insgesamt unter den gegebenen Rahmenbedingungen bzw. Annahmen – Wirtschaftswachstum mit jahresdurchschnittlich 1,5 bis 2 Prozent, Rückgang der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, Senkung der West-Ost-Finanztransfers in den Jahren ab 2009 entsprechend den Festlegungen des Solidarpakts II, Verringerung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte nach den mittelfristigen Prognosen der Länder – deutlich geringer sein als in den alten Bundesländern.

Die *Steuereinnahmen* nahmen 2006 und 2007 infolge relativ günstiger Konjunkturdaten zwar auch in Ostdeutschland zu. Langfristig wirkende Faktoren, insbesondere der Rückgang der Mittel des Solidarpakts II, führen aber zu einer weiteren Zuspitzung der Situation der öffentlichen Haushalte. Die Einnahmen werden nach dem konjunkturellen Aufschwung voraussichtlich ab 2009/10 absolut zurückgehen. Aus der Gemeinschaftsstudie von IWH, TU Dresden und ifo Dresden folgt, dass auch unter Zugrundelegung der sehr optimistischen Annahme einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts je Einwohnerin und Einwohner von 3 Prozent die Haushaltseinnahmen

2020 absolut geringer sein werden als 2005. Dem steht ein hoher Druck zur Finanzierung wichtiger Aufgaben aus den Länder- und Kommunalhaushalten gegenüber, insbesondere der staatlichen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der öffentlichen Investitionen für die Sanierung und Modernisierung von Einrichtungen der Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Umwelt.

Die *Bevölkerungsentwicklung* verläuft in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich. Ostdeutschland ist bisher und wird in den nächsten Jahren noch weitaus stärker von Geburtendefiziten und Abwanderung betroffen sein. Bis 2020 nimmt nach der Bevölkerungsvorausberechnung die ostdeutsche Bevölkerung um rund 0,7 Prozent je Jahr ab, während sie in den alten Bundesländern zunimmt. Die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen wird sich von etwa 60.000 im Jahr 2007 auf 110.000 bis zum Jahr 2020 erhöhen. Der natürliche Bevölkerungsverlust wird nach den gegenwärtigen Vorausschätzungen von 2002 bis 2020 kumulativ insgesamt 1,4 Millionen Personen betragen; darunter beläuft sich der innerdeutsche Wanderungsverlust auf etwa eine halbe Million Einwohnerinnen und Einwohner. Hiervon werden einige Regionen in den neuen Bundesländern besonders betroffen sein. Im Verhältnis zur Entwicklung der Gesamtbevölkerung wird der Rückgang bei den Menschen im erwerbsfähigen Alter, insbesondere bei jüngeren Menschen und Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern, aber auch bei jungen Frauen, überdurchschnittlich hoch sein.

Diese Situation wird sich auch nicht durch eine Konzentration der Fördermittel auf Wachstumskerne oder Innovationscluster ändern, soweit sie nur auf die bereits bestehenden Zentren orientieren und nicht die Bedingungen verbessern – auch nicht durch staatliche Regulierungsmaßnahmen –, um die erforderlichen Beschäftigungseffekte und andere soziale Wirkungen zu erreichen.

Die ostdeutsche Entwicklung wird zu einem höheren Grad als bisher von einer zunehmenden *regionalen Differenziertheit* auch zwischen den Ländern geprägt werden. Die Unterschiede zwischen den neuen Bundesländern, die bisher hinsichtlich makroökonomischer Indikatoren wie Wirtschaftsleistung, Arbeitslosenquote, Schuldenquote (mit Ausnahme von Sachsen) relativ gering waren, werden zunehmen. Die

Unterschiede in der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner) lagen 2005 bei einer Spannweite von lediglich 5,5 Prozentpunkten (Brandenburg 65,0 Prozent und Sachsen 70,5 Prozent des Durchschnitts aller Bundesländer) und würden sich nach der Projektion des IWH auf 15-18 Prozentpunkte erhöhen (Ludwig 2007, S. 214ff.).

Noch stärker werden die Differenzierungen zwischen verschiedenen Regionen in den jeweiligen Bundesländern zunehmen. Entvölkerte, abgehangene Regionen ohne reale Entwicklungsperspektiven und Städte und Gemeinden mit stark schrumpfenden Einwohnerzahlen, leer stehenden Häusern und überdimensionierten Einrichtungen der Infrastruktur, die vor immensen Schwierigkeiten stehen, die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge wahrzunehmen, werden das zukünftige Bild Ostdeutschlands mitprägen. In einem Zukunftsatlas der Prognos AG werden 40 kreisfreie Städte und Landkreise in Deutschland aufgeführt, die das Prädikat „hohe Zukunftsrisiken“ erhalten haben. Davon liegen 39 in Ost- und lediglich der Landkreis Holzminden (Niedersachsen) in Westdeutschland. Auf den Plätzen 1 bis 138 ist das frühere Bundesgebiet 134mal vertreten, die neue Bundesländer hingegen nur viermal.

Die zunehmende regionale Differenzierung in Ostdeutschland darf jedoch nicht als einfache Annäherung an die regionale Differenzierung in Westdeutschland angesehen werden, da einerseits nach wie vor flächendeckend ein geringeres Niveau und nachteilige Entwicklungsbedingungen in Ostdeutschland bestehen und es andererseits zu wenige starke Wachstumszentren gibt, die in das Umland ausstrahlen können. Die Problematik Ostdeutschlands als gesamtwirtschaftliches und gesellschaftliches Entwicklungsproblem besitzt unverändert eine hohe Priorität für eine zukunftsorientierte, von den Interessen der Menschen in Ost *und* West ausgehende Politik. Das Bestreben der etablierten Politik, die spezifisch ostdeutsche Problematik von der Tagesordnung verschwinden zu lassen und durch eine für die neuen und alten Bundesländer gleichermaßen bestehende regionale Differenzierung zu ersetzen, steht im Widerspruch zur Realität. Einer solchen Tendenz muss entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden. Ein

Umsteuern in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung, die die bestehenden Probleme nicht wahrnehmen will und verdrängt, ist notwendig.

Die weitere Entwicklung in Ostdeutschland wird zudem sehr stark davon bestimmt, dass sich die Situation der öffentlichen Haushalte der Länder und Kommunen weiter verschärfen wird, ungeachtet der Tatsache, dass 2007 zum Ausgleich der Länderhaushalte keine Nettokredite aufgenommen werden mussten. Auch dies wird von der Bundesregierung ignoriert. Hierzu heißt es im Bericht zum Stand der deutschen Einheit: „Der Solidarpaket II sichert den Entwicklungsprozess in den neuen Ländern finanziell ab. Diese solidarische Kraftanstrengung ist notwendig, um die nach wie vor bestehende teilungsbedingte Strukturschwäche Ostdeutschlands zu beseitigen und gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen.“ (S. 1)

Diese Aussage ist in mehrfacher Hinsicht falsch. Zum einen wird der Entwicklungs- und Angleichungsprozess in den neuen Bundesländern mit der stark degressiven Gestaltung der finanziellen Leistungen des Solidarpakts II keinesfalls „abgesichert“. Zum anderen ist es unrealistisch, anzunehmen, dass in dem entsprechenden Zeitraum die Strukturschwäche Ostdeutschlands beseitigt werden kann oder dass ohne eine andere Wirtschaftspolitik gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt werden können. Schließlich ist es völlig einseitig, die Strukturschwächen einfach als „teilungsbedingt“ zu charakterisieren. Sie sind in hohem Maße Resultat der verfehlten Vereinigungspolitik.

3.4 Anforderungen an eine andere Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland

Mit dem notwendigen wirtschaftspolitischen Umsteuern sind vor allem folgende Aufgaben verbunden:

- Spürbare Fortschritte im Übergang zu einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung bei Stärkung der Innovations- und Wettbewerbskraft der ostdeutschen Wirtschaft;

- entscheidende Verringerung der im Vergleich zu Westdeutschland nach wie vor doppelt so hohen Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit, darunter besonders der Jugendarbeitslosigkeit;
- Schritte zur zielgerichteten Verringerung der Ost-West-Einkommensunterschiede bei den Arbeits- und Sozialeinkommen;
- erhebliche Verbesserung der Finanzausstattung der Länder und Kommunen sowie effektiverer Einsatz der verfügbaren Mittel für die Lösung der vordringlichen ökonomischen, sozialen und umweltpolitischen Aufgaben;
- konsequentes Einschwenken auf einen Pfad sozial-ökologischer Nachhaltigkeit und eines dazu erforderlichen ökologischen Umbaus.

Nur so sind auch wirksame Maßnahmen gegen die weitere Abwanderung junger qualifizierter Fachkräfte, zur Verbesserung der Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte, zum langfristigen Abbau der hohen Belastungen durch kumulierte Schulden in den Ländern und Kommunen sowie insgesamt zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse möglich. Aber auch dann ist ein langer Zeitraum, der weit über das Jahr 2020 hinausgeht, unvermeidlich, um eine wirtschaftliche Konvergenz zu erreichen.

Die oben genannten Aufgaben sind untereinander eng verflochten. So tragen die Schaffung sozialversicherungspflichtiger, existenzsichernder Arbeitsplätze, der Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung und die Verringerung von Ost-West-Einkommensunterschieden zur Stärkung der ostdeutschen Kaufkraft und damit zur Stimulierung der Wirtschaftsdynamik ebenso bei wie zur Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Die Eindämmung der weiteren Abwanderung qualifizierter Fachkräfte ist wiederum eine der wichtigsten Bedingungen zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbskraft der ostdeutschen Wirtschaft. Um die im Grundgesetz geforderte Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse transparent zu machen und die notwendigen Schritte zum Erreichen dieses Ziels zu bestimmen, ist es notwendig, einen Konsens über die grundlegenden *Kriterien* zu erzielen, die als Maßstab für gleichwertige Lebensverhältnisse angesehen

werden können. Dazu wird folgender Vorschlag für die weitere Diskussion dieser Problematik unterbreitet (Kriterien jeweils in Relation zum Durchschnitt der alten Bundesländer):

- Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt/Einwohnerin und Einwohner): 90 Prozent;
- regionale Differenzierung der Arbeitseinkommen nicht größer als in den alten Bundesländern;
- Angleichung der tariflichen Arbeitszeiten;
- Höhe der privaten Haushaltseinkommen je Kopf mindestens 90 Prozent;
- Arbeitslosenquote ein Drittel über dem Durchschnitt der alten Bundesländer;
- Anteil der Langzeitarbeitslosen nicht höher als in den alten Bundesländern;
- Steuerdeckungsquote mindestens 75 Prozent des Durchschnittsniveaus der alten Bundesländer;
- Armutsquote nicht höher als in den alten Bundesländern;
- gleichwertige Ausstattung mit Einrichtungen der Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Bei diesen Kriterien für gleichwertige Lebensverhältnisse muss beachtet werden, dass sie sich hinsichtlich der Art und auch der Richtungen der zu lösenden Probleme, ihrer Beeinflussbarkeit durch die Politik und auch ihrer Abhängigkeit von der Politik der verschiedenen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) voneinander unterscheiden. In der Bildung stehen Maßnahmen zur Auslastung vorhandener Kapazitäten (Universitäten und Fachhochschulen) und zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Schulen mit weit geringeren Klassenfrequenzen im Vordergrund; bei gesundheitlichen und kulturellen Einrichtungen geht es vor allem darum, ihre Zugänglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Für die Reduktion der finanziellen Belastungen der Bevölkerung und der Kommunen kommt den Möglichkeiten zur Verringerung der Kosten aus überdimensionierten Be- und Versorgungssystemen (Wasser/Abwasser, Energie) eine besondere Bedeutung zu.

Zur Stärkung der Einnahmenbasis der öffentlichen Haushalte spielen die schon lange vorliegenden Vorschläge zur Einführung einer Vermögenssteuer oder zur Reformierung der Erbschaftsteuer eine wichtige Rolle. Da die hiervon abhängigen Einnahmen in den ostdeutschen Ländern aufgrund der ungleichen Ost-West-Verteilung hoher Vermögen und Erbschaften weit unterdurchschnittlich sein würden, müssten bei der Einführung einer Vermögenssteuer auch Wege zu einem gewissen solidarischen Ausgleich der davon abgeleiteten Steuereinnahmen der Länder festgelegt werden. Ausgehend von einer Berechnung des DIW für das Jahr 2001 – die Verhältnisse haben sich in den letzten Jahren nur wenig verändert –, betrug der Anteil der neuen Bundesländer am gesamten Aufkommen der Erbschaftsteuer 1,3 Prozent. Die durchschnittliche Erbschaftsteuer je Einwohnerin und Einwohner lag in den neuen Bundesländern zwischen 1,75 Euro (Mecklenburg-Vorpommern) und 3,96 Euro (Brandenburg) gegenüber den alten Bundesländern mit dem niedrigsten Wert von 27,84 Euro in Niedersachsen und dem höchsten Wert von 83,35 Euro in Hamburg (DIW 2004).

Schritte zur Fortsetzung der wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz Ostdeutschlands erfordern einen Wandel der Rahmenbedingungen und setzen eine wirksamere und stärker zielgerichtete regionale Struktur-, Beschäftigungs- und Innovationspolitik voraus. Dazu müssten Einfluss, Verantwortung und Durchsetzungskraft gesellschaftlicher – d.h. staatlicher und zivilgesellschaftlicher – Einrichtungen erhöht und deren Wirksamkeit gesichert werden. Zugleich gilt es, die bisher dominierende einzelwirtschaftliche Investitionsförderung durch eine direkte Kopplung der Investitionsförderung mit makroökonomischen und regionalpolitischen Erfordernissen zu verändern. Dazu können die Ausarbeitung und die zielgerichtete Umsetzung regionaler Leitbilder für eine zukunftsorientierte wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung der Länder und die Grenzen der Bundesländer überschreitende regionale Komplexe beitragen.

Im Vordergrund stehen folgende Aufgaben:

- Stärkung von Forschungs- und Innovationspotenzialen vor allem in der Wirtschaft als entscheidende Voraussetzung für Produkt-,

- Erzeugnis und Technologieinnovationen sowie für effektivere Produktions- und Dienstleistungsstrukturen, um die Auftragslage und Absatzmöglichkeiten im Inland und im Export sowie für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft zu verbessern;
- Verbesserung der Bedingungen für die weiterführende Bildung, für die berufliche Ausbildung und die Hochschulbildung junger Menschen sowie zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region nach Abschluss der Ausbildung, vor allem der Lehrlingsausbildung;
 - systematische Förderung von Strukturen und regionalen Kreisläufen, die auf eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gerichtet sind;
 - Unterstützung von Unternehmensgründungen, insbesondere innovativer Unternehmen, sowie Hilfe bei der Stabilisierung der Unternehmen und bei der Überwindung zeitweiliger finanzieller Entwicklungsprobleme; dazu sollten anstelle von Zuschüssen verstärkt öffentliche finanzielle Mittel als revolving Fonds und als Beteiligung der öffentlichen Hand an den Unternehmen genutzt werden;
 - Förderung innovativer Unternehmensnetzwerke, insbesondere Ausbau technologisch leistungsfähiger Cluster in den Regionen und Erhöhung von deren regionaler Ausstrahlung zur Schaffung bzw. Erweiterung damit verflochtener Kapazitäten und neuer Arbeitsplätze in der Umgebung dieser Zentren.

Es gilt, die ökonomischen und rechtlichen Bedingungen zu verbessern, damit die Einkommen der Bevölkerung, die Gewinne der Unternehmen sowie die Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte für *eine stärkere Nachfrage nach Konsumgütern, Dienstleistungen und Investitionsgütern (Ausrüstungen und Bauleistungen), die in Ostdeutschland hergestellt werden, wirksam werden.*

Die Herausforderung für eine Wirtschaftspolitik, die der Größe der in Ostdeutschland zu lösenden Probleme entspricht, besteht auch darin, die Einzelprogramme und Maßnahmen zu einem tragfähigen integrierten Gesamtkonzept neuer Qualität und Wirksamkeit zu ver-

binden. Diese Aufgabe kann *nicht allein mit marktwirtschaftlichen Mechanismen und Marktkräften erfüllt werden*. Unverzichtbar ist es, politische Prioritäten zugunsten Ostdeutschlands zusetzen, damit vor allem Wettbewerbsnachteile der ostdeutschen Region eingeschränkt werden. Dazu ist für einen längeren Zeitraum ein höherer Grad staatlicher Regulierung unerlässlich „Wir bräuchten noch mal einen Pakt Ostdeutschland, in dem alles einheitlich betrachtet wird: Bundes-, Landes-, Kommunal-, Wissenschafts-, Wirtschafts- und Regionalpolitik. Alles zusammen. Daraufhin müssten wir dann die Fördertöpfe prüfen.“ (Most 2007)

Die Alternativen für Ostdeutschland müssen vor allem darauf ausgerichtet sein, die strukturellen Defizite und Wettbewerbsnachteile der ostdeutschen Wirtschaft schrittweise und nachhaltig abzubauen. Die erfolgreiche Umsetzung der Vorschläge zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zum Erreichen einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung setzt voraus, ihren finanziellen Voraussetzungen, dem effektiven Einsatz der Mittel sowie der Übereinstimmung der Einzelvorhaben mit makroökonomischen und regionalpolitischen Erfordernissen weit größere Beachtung zu schenken. Die positiven Ansätze für ein Aufholen der ostdeutschen Wirtschaft bei einigen wichtigen Indikatoren – u.a. in der Arbeitsproduktivität, im Export, in der Forschung und Entwicklung und bei den Gewinnen der Unternehmen – müssen systematisch fortgeführt werden.

Alternativen für die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung dürfen nicht auf eine nachholende Modernisierung ausgerichtet sein, sondern müssen ein besonderes Schwergewicht auf neue Tendenzen der Produktivkräfte und der Innovationsprozesse sowie auf die Erfordernisse einer nachhaltigen Energie- und Umweltpolitik legen. In einem innovativen Konzept zukünftiger Strukturentwicklung in Ostdeutschland müssten folgende Komplexe, die über die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen wesentlich hinausgehen, besondere Beachtung finden:

- Erneuerbare Energien und Innovationen zur Erhöhung der Energieeffizienz;

- ökologische Landwirtschaft, insbesondere auch Stärkung effizienter Unternehmensformen (Genossenschaften) in der Landwirtschaft als Rohstoffproduzenten für Nahrungsmittel und Energieträger, die auch gegen Preisspekulationen agieren könnten;
- Bildung, darunter besondere Weiterentwicklung der Berufsbildung entsprechend den veränderten Bedingungen und Stärkung der Kapazitäten für die Hochschulbildung und -forschung;
- innovative Gestaltung der Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, dabei besonders zur wirksamen Unterstützung vorhandener kleiner und mittelständischer Unternehmen und von Existenzgründungen innovativer Unternehmen aus der Hochschulforschung sowie ökologisch nachhaltiger Produktionen; Entwicklung einer ausgeglichenen Struktur universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen;
- Entwicklung einer komplexen Gesundheitswirtschaft;
- verstärkte Entwicklung wertschöpfungsintensiver Dienstleistungen, darunter qualifizierter Unternehmensdienstleistungen.

Fazit: Es sind einige positive Tendenzen und wirtschaftspolitische Ansätze in der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung sichtbar, die verstärkt und weiterentwickelt werden müssen. Ihre Wirksamkeit wird jedoch begrenzt durch die weiterhin dominierenden bisherigen strukturellen Defizite und neu hinzukommende Probleme sowie durch die neoliberale Politik der Bundesregierung. Die Wettbewerbsnachteile Ostdeutschlands bleiben langfristig bestehen, die dortigen Grundprobleme ungelöst. Bei einer Fortsetzung der bisherigen Politik gegenüber Ostdeutschland, einschließlich der festgelegten degressiven Entwicklung der Mittel des Solidarpakts II ab 2008, wird es bis 2020 nicht möglich sein, in Ostdeutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen und eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Eine Verringerung der Ost-West-Kluft, soweit sie überhaupt erfolgt, wird im wesentlichen Ergebnis des Rückgangs der ostdeutschen Bevölkerung, d.h. einer passiven Sanierung, sein.

Um hieran etwas zu ändern, ist eine andere Wirtschaftspolitik gegenüber und in Ostdeutschland notwendig, in die das Setzen wirt-

schaftspolitischer Prioritäten zugunsten der neuen Bundesländer eingeschlossen sein muss, sowohl hinsichtlich der Entwicklung der Kaufkraft und Binnennachfrage als auch in Bezug auf die zielgerichtete Stärkung der Forschungs- und Investitionstätigkeit der Unternehmen sowie mit Blick auf eine wirksame Förderung von Unternehmensgründungen. Eine solche Änderung der Wirtschaftspolitik hat nur Chancen, wenn es gelingt, in der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland ein Umdenken zu erreichen. In den alten Bundesländern steht die Aufklärung darüber im Vordergrund, dass Anstrengungen zur Überwindung der ökonomischen Rückstände der neuen Bundesländer und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse den Interessen der Menschen in Ost *und* West entsprechen. In Ostdeutschland geht es vor allem darum, den politischen Druck auf die Regierenden im Bund und auch in den neuen Bundesländern zu erhöhen, um die ostdeutschen Interessen wahrzunehmen und die notwendigen wirtschafts- und sozialpolitischen Veränderungen durchzuführen, zugleich aber auch aktiv die Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Literatur

- Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland (2007): Ostdeutsche Wirtschaft: Nachfrageschub überwiegt strukturelle Schwächen. Wirtschaft im Wandel, IWH 7/2007.
- Berliner Zeitung vom 4.9.07 nach einem Bericht der HypoVereinsbank.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2006): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2006, Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2007): Wirtschaftsdaten der neuen Bundesländer, Berlin.
- Bundesregierung (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundesdrucksache, Köln.

KAPITEL 3

- Creditreform (2007): Schuldneratlas Deutschland 2007. Insolvenzen, Neugründungen, Löschungen Jahr 2007.
- DIW/ifo/IfW/IWH/RWI (2007): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007, in: Wirtschaft im Wandel, IWH, 1. Sonderausgabe, Halle.
- DIW (2004): Wochenbericht 5/2004. Erbschaften und Schenkungen in Deutschland. Wachsende fiskalische Bedeutung der Erbschaftsteuer für die Länder.
- DIW (2005): Wochenbericht 28/2005. Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte bis 2004. Zunehmender Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armut.
- IWH (2007): Wirtschaft im Wandel, Berechnungen des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, 6/2007.
- Ludwig, Udo (2007): Mittel und langfristige Wachstumsprojektionen für Ostdeutschland. Wirtschaft im Wandel, 6/2007, IWH Halle.
- Most, Edgar (2007): Im Gespräch. Mit bunten Häusern kommt der Osten nicht auf schwarze Zahlen, in: Freitag vom 7.9.2007.
- Peche, Norbert (2007): Selbst ist das Volk. Wie der Aufschwung Ost doch noch gelingen kann, Berlin.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2006): Jahresgutachten 2006/07, Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3450.
- Vesper, Dieter (2006): Entschuldungsinitiative Ost? Eine Bewertung der Finanzpolitik in Ostdeutschland. Ein Kurzgutachten im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung Frankfurt/Main, November 2006.